

Der Staat als Schandfleck.

Die Staatsgewalt ist die feste starke Macht, mittels der die Minderheit von Ausbeutern ihre Herrschaft über die ausgebeutete Masse ausbreitet erhält.

Daher ist es zu begrüßen, daß neulich Genosse Eugen Ernst in seinem Werkchen: Polizeispitzel und Ausnahmegeetze die ganze Reihe der Regierungslumpereien wieder in Einzelheiten zusammengestellt hat.

Allerdings, mit moralischer Entrüstung ist hier nicht viel zu machen. Sogar als Mittel, die Spießbürger gegen den Staat auf die Beine zu bringen, kann diese nicht dienen.

Die waren die Aussichten für eine erfolgreiche Spitzelwirtschaft so günstig wie unter dem Sozialistengesetz. Denn hier gab es in der Tat wichtige Geheimnisse auszuspienieren.

Das Sozialistengesetz hatte sich als unwirksam erwiesen; es mußte durch andre Mittel ergänzt werden. Zuerst kam der Versuch mit der Sozialpolitik 1882 bis 1884; als er jedoch ebensowenig Erfolg hatte, mußte die Gewaltpolitik sich hantfort erklären.

Es könnte scheinen, als ob damit auch das Spitzelwesen selbst sein Ende finden mußte. Erstens weil diese empfindliche Lektion die Regierung hätte belehren können, daß sie mit solchen Methoden nur sich selbst schädigt.

Daher bleibt die Geheimpolizei in Ehren und läßt der Staat vom Spitzelhandwerk nicht ab; bis in die neueste Zeit wiederholen sich immer wieder die Fälle, daß solche staatsrettende Ehrenmänner sich in die sozialdemokratischen Organisationen einschleichen.

In Preußen gehört das Spitzelwesen zu den geheiligten Traditionen; und es ist auf diesem Gebiete nur noch von seinem östlichen Nachbarn Rußland übertroffen worden. Das könnte auf den Gedanken führen, daß es nur zu den reaktionären Staaten gehört.

Reichstag.

140. Sitzung. Freitag, den 3. März, 1 Uhr nachmittags. Am Bundesratsstische: v. Deering.

Zweite Beratung des Militäretats. (Siebenter Tag.)

Die Beratung der Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“ und „Technische Institute“ nebst der dazu gestellten Resolutionen wird fortgesetzt.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Die uningeschränkte Koalitionsfreiheit der haallischen Arbeiter können wir nicht verlangen, sie könnte, wie das Beispiel Frankreichs zeigt, für den Staat und das gesamte Wirtschaftsleben recht gefährlich werden.

Abg. Frhr. v. Camp (Reichsp.): Herr Potthoff belagte gestern über das viele unnütze Reden. Tatsächlich gibt es in der ganzen Welt kein Parlament, das sich mit

beschäftigt und so viel Zeit vertrödeln wie der deutsche Reichstag. Am besten wäre es, die Resolutionen sämtlich zurückzulegen, viel steht in ihnen nicht, und es ist ziemlich unerheblich, ob sie mit 60 gegen 40 Stimmen angenommen werden oder nicht.

Abg. Dr. Becker-Röllin (Zentr.): Ich weile es mit Entschiedenheit zurück, daß Herr Potthoff gestern vom Zentrum als von einer staatsfeindlichen Partei sprach.

Abg. Zubeil (Soz.): Es war ein Schauspiel für Götter, hier einen Arbeiter auftreten zu sehen, der gegen die unbeschränkte Organisationsfreiheit

der Arbeiter eintrat. Wir halten es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, ihre Organisationen auszubauen. Alle diese Organisationen, auch die freien Gewerkschaften, Herr Behrens, stehen auf gesundem Boden und dürfen daher nicht als staatsfeindlich bezeichnet werden.

für mindestens ebenso wichtig wie die mit neuen Militärvorlagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) — Die Arbeiter der

Spandau beschwerten sich darüber, daß einerseits Arbeiter mit 5.40 Mark Tagelohn eingestellt werden, während andererseits Arbeiter, die schon 20 bis 30 Jahre dort beschäftigt sind, nur auf einen Socklohn von 4.80 Mark kommen; sie bitten, ihnen doch wenigstens 20 Pfg. zuzulegen.

Am 7. April war in den Betrieben der Reichsverwaltung in Spandau folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Ein Vertreter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wird nachmittags einreisen, um sich bei den Arbeitern zwecks Einstellung in die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft über ihre Fertigkeiten zu unterrichten.“

Generalmajor Wandel: Der Abgeordnete Böhle behauptete gestern, daß die Arbeiter in den Militärfabriken vielfach sozialdemokratisch seien. Das bin überzeugt, daß die Arbeiter mit diesem Urteil nicht einverstanden sind.

Abg. Sommer (Sp.) bringt Beschwerden der Feuerwerks- und Zeugoffiziere vor; besonders ihre Avancementsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Ueberhaupt werde ihnen bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht, daß man sie nicht für voll ansieht; sie sollten mit den übrigen Offizieren gleichgestellt werden.

Generalmajor Wandel erklärt, daß es der Verwaltung fernstehe, die Zeug- und Feuerwerksoffiziere zurückzusetzen; die Militärverwaltung sei bestrebt, die Avancementsverhältnisse dieser Offiziere aufzubessern.

Abg. Schwarze-Bippstadt (Zentr., schwer verständlich) polemisiert gegen die Abgeordneten Zubeil, Böhle und Potthoff. Die Sozialdemokraten verlangen immer Verbesserungen der Beamten und Arbeiter und lehnen alle Steuern und das ganze Budget ab.

Verlangen Sie MAGGI Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. beim Einkauf von Bouillon-Würfeln stets ausdrücklich. Der Name MAGGI bürgt für vorzügliche Qualität!